

Geschäftsverteilungsplan der Strafsenate des Bundes-  
gerichtshofes für das Jahr 1957

(vom 11. Januar 1957)

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, Koblenz, München, Nürnberg und Stuttgart sowie mit Wirkung vom 1. Februar 1957 für den Bezirk des Landgerichtes Darmstadt (Oberlandesgericht Frankfurt/M.).

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Frankfurt/M (ab 1. Februar 1957 mit Ausnahme des Landgerichtes Darmstadt), Köln, Neustadt a.d.W. und Saarbrücken sowie der Landgerichte Düsseldorf, Kleve, Krefeld und bis zum 31. Januar 1957 des Landgerichtes Mönchen-Gladbach (Oberlandesgericht Düsseldorf),
- 2) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (§§ 12 ff StPO, § 42 Abs 3 JGG v. 4.8.1953), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichtes nach § 19 Abs 2 des Zuständigkeitsergänzungsgesetzes v. 7.8.1952 (BGBl I, 407) und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

- 1 a) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 134 GVG n.F. bezeichnet sind,
- b) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen, die die in Berlin begangenen, in § 134 GVG n.F. bezeichneten Straftaten betreffen,
- 2 a) die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen derjenigen Strafkammern aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 74 a GVG n.F. bezeichnet sind,
- b) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG n.F. bezeichneten Strafkammern des Kammergerichtsbezirkes Berlin · Charlottenburg mit Ausnahme derjenigen Entscheidungen, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234 a, 241 a StGB, Berliner Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14.6.1951 · VOBl 417 ..) betreffen,
- 3) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (§§ 12 ff StPO, § 42 Abs 3 JGG v. 4.8.1953), soweit es sich um die durch §§ 74a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugendschöffengerichte handelt.



Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke des Oberlandesgerichtes Hamm und der Landgerichte Duisburg und Wuppertal und mit Wirkung vom 1. Februar 1957 des Landgerichtes Lönchen-Gladbach (Oberlandesgericht Düsseldorf),
- 2) alle Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschliesslich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn),
- 3) alle Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungs-gesetzes vom 23.12.1929 (RGBl I, 239).

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichtes Berlin-Charlottenburg und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig,
- 2) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG n.F. bezeichneten Strafkammern des Kammergerichtsbezirkes Berlin-Charlottenburg, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234 a, 241 a StGB; Berliner Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit v. 14.6.1951 - VOBl 417) betreffen.

Geschäftsverteilungsplan der Zivilsenate des Bundesgerichts-  
hofes für das Jahr 1957

Dem 1. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, insbesondere über
  - a) Urheberrecht und Verlagsrecht,
  - b) Musterschutz und Patentrecht nebst Verträgen hierüber, ferner über Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlass seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz vom 28.9.1933 - RGBl I, 669 -) einschliesslich von Schadensersatzansprüchen,
  - c) Verträge über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder die ausschliessliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse,
  - d) Warenzeichen und Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
  - e) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechslungsfähigkeit im geschäftlichen Verkehr handelt,



- 2) die Bestimmung des zuständigen Gerichtes nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO,
- 3) die Entscheidungen nach § 159 Abs 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Zivilsachen nebst § 2 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 und des § 18 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBl. 214),
- 4) die Entscheidung in den Fällen des § 28 Abs 2 und des § 29 Abs 2 der BrMilRegVO Nr. 165.

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) alle Seesachen (HGB §§ 474 ff nebst Seemannsordnung und § 44 der Strandungsordnung vom 17.5.1874 - RGBl. 73 ..), alle Streitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flösserei (einschliesslich von Zusammenstössen von Schiffen mit Nichtschiffen) nebst Streitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschliesslich von Rückversicherungen) wegen Wasser- (See- oder Fluss-) Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport, alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15.11.1940 (RGBl. I, 1499), über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken und über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke sowie alle Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff),
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditionen, Lager- und Frachtgeschäften,
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
  - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschliesslich der Fälle des § 771 ZPO), Niessbrauch und Pfandrecht (einschliesslich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie Rechtsgeschäften hierüber,
  - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere,
  - d) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),
  - e) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 - 406),
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 - 740) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 - 758),
  - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch

Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluss der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern,

- c) Firmenrecht (HGB §§ 17 .. 37), soweit nicht I 1 e. zutrifft,
  - d) Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d),
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über
- a) die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschliesslich der Handelsmakler (HGB § 93 ff), sowie der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff),
  - b) Ansprüche aus § 354 HGB,
  - c) Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen,
- 6) die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse,
- 7) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befasst sind (wie z.B. Bausparkassen, Teilzahlungskreditinstitute und ähnliche),
- 8) die Entscheidungen in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 sowie des § 14 Nr. 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBl. 213),
- a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt,
  - b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und der Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt,
- 9) die Entscheidungen nach
- a) den §§ 9, 14, 28, 31 der Ersten Durchführungsverordnung zum Aktiengesetz vom 29.9.1937 (RGBl. I, 102),
  - b) § 55 der Ersten Durchführungsverordnung zur Dividendenabgabeverordnung vom 18.8.1941 (RGBl. I, 493).



Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche von Beamten und Militärpersonen sowie ihrer Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses,
  - b) Schadensersatzansprüche
    - aa) von Körperschaften des öffentlichen Rechtes gegen ihre Beamten auf Grund des Dienstverhältnisses,
    - bb) gegen Beamte aus § 839, sofern nicht V 2 i zutrifft,
    - cc) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechtes auf Grund des Art 131 WeimRV und des Art 34 GrundG,
    - dd) gegen Rechtsanwälte und Notare,
    - ee) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechtes aus der Verletzung der Strassenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Strassen,
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche auf Entschädigung wegen
    - aa) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freispruchs im Wiederaufnahmeverfahren,
    - bb) Enteignung einschliesslich der Ansprüche auf Entschädigung nach dem Preussischen Fluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875 und dem Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum aus Gründen der Reichsverteidigung (Schutzbereichsgesetz) vom 24.1.1935 (RGBl I, 499) oder Aufopferung,
    - cc) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Massnahmen enteignungsähnlicher Art,
  - b) Ansprüche aus einem öffentlich-rechtlichen Verwahrungs- oder Treuhandverhältnis,
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über Steuern und Stempel auf Grund von Reichs-, Bundes- und Landesgesetzen,
- 4) die Entscheidung über Revisionen in Angelegenheiten des Bau- landbeschaffungsgesetzes vom 3.8.1953 (BGBl I, 720),
- 5) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht I 1 e zutrifft, einschliesslich von Adel, Entmündigungen (BGB § 6), Todeserklärungen,
  - b) Familienrecht,
  - c) Erbrecht einschliesslich von Erbschaftskäufen (BGB §§ 1922 ff), soweit nicht V 2 f zutrifft,
  - d) Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht II 1 oder V 2 a zutrifft, Niessbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff),
- 2) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden aus dem Jugendwohlfahrtsgesetz, für welche das Reichsgericht zuständig ist (Reichsgesetz vom 9.7.1922 · RGBl I, 633 · § 18; EG von demselben Tage · RGBl I, 647 - Art 9),
- 3) die Entscheidung in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5. 1898 sowie des § 14 Nr. 3 des Reichsgesetzes über die Konsurllargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBl 213), sofern es sich um Personenrechts-, Familienrechts- und Nachlasssachen (mit Ausnahme von V 6 a) handelt,
- 4) die Bestimmung des zuständigen Gerichtes im Falle des § 650 Abs 3 ZPO,
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rück-erstattungssachen (REG-Sachen) zusammenhängen,
- 6) die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz).

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen einschliesslich der Entscheidungen nach dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 21.7.1953 (BGBl I, 667),
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschliesslich Vorkaufs und Wiederkaufs),
  - b) Pachtverhältnisse über landwirtschaftliche Grundstücke,



- c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluss von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912 - 916, 919 - 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Verkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
  - d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
  - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903 - 910, GewO § 26),
  - f) Erbrecht, wenn es sich ausschliesslich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichende Rechte der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
  - g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluss von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (§ 81 ZVG),
  - h) Bergrechtssachen (EGBGB Art 67) einschliesslich der Abbau-rechtssachen (EGBGB Art 68) und Wasserrechtssachen (EGBGB Art 65) einschliesslich der Deich- und Siedrechtssachen (EGBGB Art 66),
  - i) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschliesslich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
  - k) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber,
  - l) Wildschadensersatz,
  - m) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art 132, 133),
  - n) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art 59),
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809 bis 911), soweit nicht II 1 oder II 3 b zutrifft,
  - b) Ansprüche aus Niessbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten, einschliesslich von kaufmännischem Zurückbehaltungsrecht (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht II 1 oder II 3 b zutrifft,
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschliesslich der Klagen auf Erlass des Vollstreckungs-urteils und mit Einschluss von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluss von §§ 767 - 769 ZPO), sofern nicht II 1 zutrifft,

- b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 883 ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht III 1 b zutrifft,
  - c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger in und ausserhalb des Konkurses (KO §§ 29 .. 42 nebst § 196 und Anfechtungsgesetz vom 21.7.1879), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird,
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff nebst § 274 Abs 2 Nr. 3),
  - b) Vergleiche, sofern es nicht mit Rücksicht auf das angewendete Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird,
- 6) die Entscheidungen in den Fällen
- a) des § 28 FGG, wenn es sich ausschliesslich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichende Rechte der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
  - b) des § 79 GBO,
  - c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiss- und Stiftungsrechtes vom 28.12.1950 (BGBl. 820).

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit sie nicht dem III. Zivilsenat (III 1 b) oder dem V. Zivilsenat (V 2 e, i, l) zugewiesen sind; die Rechtsstreitigkeiten über Schadensersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind,
- b) Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Strassenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der Frachtverträge über Güter (II 2),
- c) Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z.B. § 302 Abs 4, §§ 717, 945 ZPO), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind.



Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Dienstverhältnisse mit Ausnahme derjenigen, die unter I 1 b, II 4 b oder VI a fallen,
  - b) Werkverträge mit Ausnahme derjenigen, die unter VI a fallen.
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677 ff), soweit nicht II 7 zutrifft.
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht II 1, III 2 b oder V 2 a zutrifft,
  - b) Darlehen (BGB § 607) und abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780 .. 808) soweit nicht II 3 c und d zutrifft,
  - c) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff), jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit massgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet.
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird,
- 5) die Entscheidungen in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 sowie des § 14 Nr. 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBl. 213), sofern nicht II 8, IV 3 und V 6 a zutrifft,

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht II 1, II 3 a oder V 2 g zutrifft,
- b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht II 1 oder V 2 b zutrifft.

### Schlussbestimmungen

- I. Erachtet ein Senat vor mündlicher Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, dass sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzumutbar erscheint. Der Abgabebeschluss ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend. Nach Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung ist eine Abgabe ausgeschlossen.
- II. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmässig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- III. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozess, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.
- IV. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26.5.1952 (BGBl I, 198) ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
- V. Rechtsbeschwerden nach § 56 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25.3.1952 (BGBl I, 177) sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.
- VI. Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.



## A n h a n g

zum Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes  
für das Jahr 1957

### A. - Besetzung der Senate des Bundesgerichtshofes nach dem Stand vom 1. 1. 1957

#### Z i v i l s e n a t e

##### I. Zivilsenat

Chefpräsident	Dr. Weinkauff
Bundesrichter	Dr. Wilde (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Birnbach
"	Dr. Bock
"	Dr. Krüger-Nieland
"	Dr. Nastelski
"	Dr. Christoph
"	Dr. Weiss
"	Dr. Spreng
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Schultetus
"	Regierungsrat Ballhaus

##### II. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Canter
Bundesrichter	Dr. Selowsky (stellv. Vors. bis 28.2.1957)
"	Dr. Delbrück
"	Dr. Haidinger (stellv. Vors. ab 1.3.1957)
"	Dr. Fischer
"	Dr. Kuhn
"	Dr. Nörr
"	Dr. Haager
"	Liesecke (auch VIII. Zivilsenat)
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Fleck

##### III. Zivilsenat

Senatspräsident	Prof. Dr. Geiger
Bundesrichter	Dr. Pagendarm (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Weber
"	Dr. Kreft
"	Dr. Arndt
"	Dr. Wolany
"	Dr. Beyer
"	Dr. Hussla
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Dr. Kleinhoff

IV. Zivilsenat

Senatspräsident	Schmidt
Bundesrichter	Ascher (stellv. Vorsitzender)
"	Raske
"	Johannsen
"	Dr. von Werner
"	Wüstenberg
"	Maess
"	Wilden
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Dr. Harenburg

V. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Tasche
Bundesrichter	Dr. Hückinghaus (stellv. Vors. Landw.-Senat)
"	Dr. Augustin (stellv. Vors. ab 1.4.1957)
"	Schuster (stellv. Vors. bis 31.3.1957)
"	Dr. Oechssler
"	Dr. Piepenbrock
"	Dr. Rothe
"	Dr. Freitag
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Bender

VI. Zivilsenat

Senatspräsident	Prof. Dr. Meiss
Bundesrichter	Dr. Kleinewefers (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Engels
"	Dr. Meyer, Karl
"	Martin
"	Hanebeck
"	Dr. Bode
"	Dr. Hauss

VII. Zivilsenat

Senatspräsident	Glanzmahn
Bundesrichter	Scheffler (stellv. Vorsitzender)
"	Rietschel
"	Dr. Heimann-Trosien
"	Dr. Winkelmann
"	Erbel
"	Meyer, Hubert
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Thumm



VIII. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Grossmann
Bundesrichter	Dr. Gelhaar (stellv. Vorsitzender)
"	Artl.
"	Dr. Spieler
"	Dr. Dorschel
"	Liesecke (auch II. Zivilsenat)
"	Dr. Mezger
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Dr. Friemel

S t r a f s e n a t e

1. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Hörchner
Bundesrichter	Dr. Peetz (stellv. Vorsitzender)
"	Mantel
"	Werner (zugleich 3. Strafsenat)
"	Dr. Hübner
"	Dr. Hengsberger
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Löns

2. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Baldus
Bundesrichter	Prof. Dr. Busch (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Dotterweich
"	Scharpenseel (zugleich 3. Strafsenat)
"	Dr. Schalscha
"	Dr. Menges
Jur. Hilfsarbeiter	Amtsgerichtsrat Hürxthal

3. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Geier
Bundesrichter	Dr. Jagusch (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Willms
"	Weber
"	Dr. Mannzen
"	Dr. Wiefels
"	Wirtzfeld

1957

4. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Rotberg
Bundesrichter	Krumme (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Sauer (zugleich 3. Strafsenat)
"	Dr. Seibert
"	Hoeppner
"	Prof. Dr. Lang-Hinrichsen
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Urbanke

5. (Berliner) Strafsenat

Senatspräsident	Sarstedt
Bundesrichter	Dr. Koffka (stellv. Vorsitzender)
"	Schmidt
"	Siemer
"	Schmitt
"	Dr. Börker

B. - V e r t r e t u n g

a) Vertretung der Strafsenate

- 1) Die Mitglieder des 1. Strafsenates werden durch die des 2. Strafsenates, die Mitglieder des 2. durch die des 4. Strafsenates, die Mitglieder des 4. Strafsenates durch die des 1. Strafsenates vertreten.
- 2) Zur Vertretung der Mitglieder des 3. Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.
- 3) Sind in einer Strafsache, die zur Zuständigkeit des 3. Strafsenates gehört, so viele Mitglieder des Senates gemäss § 22 Nr. 1 StPO von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, dass der Senat ohne Zuziehung von Vertretern nicht mehr ordnungsgemäss besetzt ist, so ist an seiner Stelle der 2. Strafsenat zuständig.
- 4) Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.

b) Vertretung der Zivilsenate

- 1) Es vertreten sich gegenseitig jeweils die Richter des I. und II. Zivilsenates, des III. und VI. Zivilsenates, des IV. und V. Zivilsenates und des VII. und VIII. Zivilsenates.



- 2) In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus alle anderen Senate in ihrer ziffernmässigen Reihenfolge, beginnend mit dem ziffernmässig folgenden Senat, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

c) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder

Soweit ein Senat gemäss der vorstehenden Vertretungsregelung einen Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Bundesrichter in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter folgende Bundesrichter für ihn ein.

- d) Die bisherigen Vertretungsregelungen sind mit Wirkung vom 1. Oktober 1956 aufgehoben.

- e) Ist ein Mitglied der Grossen Senate des Bundesgerichtshofes und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden Geschäfte innerhalb des Grossen Senates wahrzunehmen, so tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters dasjenige Mitglied des Grossen Senates für Zivilsachen oder für Strafsachen, das jeweils in der allgemeinen Reihenfolge der Vertreter auf den verhinderten Vertreter folgt.

C. - Sitzungstage und Sitzungssäle der Senate des Bundesgerichtshofes

Z i v i l s e n a t e

I. Zivilsenat	Sitzungstage:	Dienstag und Freitag	Sitzungssaal	Nr. 223
II.	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 223
III.	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 222
IV.	"	Mittwoch und Sonnabend	"	Nr. 222
V.	"	Mittwoch und Sonnabend	"	Nr. 223
VI.	"	Dienstag und Freitag	"	Nr. 222
VII.	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 123
VIII.	"	Dienstag und Freitag	"	Nr. 123

S t r a f s e n a t e

1. Strafsenat	Sitzungstage:	Dienstag und Freitag	Sitzungssaal	Nr. 122
2.	"	Mittwoch und Sonnabend	"	Nr. 122
4.	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 122
5.	"	Dienstag und Freitag	Berlin	

D. - Auszug aus der Geschäftsordnung des Bundes-  
gerichtshofes

§ 1

S e n a t e

- (1) .....
- (2) .....
- (3) Jedes Mitglied des Bundesgerichtshofes muss einem Senat als ständiges Mitglied angehören. Jeder Senat muss einschliesslich des Vorsitzenden aus mindestens fünf ständigen Mitgliedern bestehen.

§ 2

P l e n u m

Vor das Plenum gehören ausser der durch § 140 GVG ihm überwiesenen Angelegenheit die Beratung und Beschlussfassung über eine beim Bundesrat vorzuschlagende Änderung oder Ergänzung der Geschäftsordnung sowie über diejenigen den Geschäftsgang betreffenden Angelegenheiten, die der Präsident vor das Plenum verweist.

§ 3

P r ä s i d i u m

Das Präsidium beschliesst in den ihm durch das Gesetz oder durch diese Geschäftsordnung zugewiesenen Angelegenheiten. Es entscheidet ausserdem im Zweifelsfall, vor welchen Senat eine Sache gehört.

§ 4

P r ä s i d e n t

- (1) Dem Präsidenten liegen neben den Geschäften, die ihm als Vorsitzenden des Plenums, des Präsidiums, der Grossen Senate, der Vereinigten Grossen Senate und eines einzelnen Senates zukommen, die Leitung und die Beaufsichtigung des ganzen Geschäftsganges ob.
- (2) Der Präsident verteilt die Geschäftsräume und die für die regelmässigen Sitzungen bestimmten Wochentage auf die Senate.



- 7
- (3) Der Präsident regelt die Verteilung der Geschäfte unter die nicht-richterlichen Beamten des Gerichtes. Er ist im Sinne der beamtenrechtlichen Vorschriften Vorgesetzter und Dienstvorgesetzter der richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes. Bei disziplinären Massnahmen gegen die richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes soll er das Präsidium hören; handelt es sich jedoch um blosser Ermittlungen, so kann er, auf Antrag des Betroffenen soll er das Präsidium hören.
  - (4) Soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder solche Vorschriften gelten, die der Bundesminister der Justiz auf Grund von Gesetzen erlassen hat, erlässt der Präsident die Bestimmungen über die zu führenden Geschäftsbücher, Register und Listen.
  - (5) Dem Präsidenten steht die Verfügung in allen Verwaltungsangelegenheiten zu, vor allem in denjenigen, die das Haushaltswesen, die Geschäftsräume, die Vervollständigung der Bibliothek und sonstige Anschaffungen betreffen.

§ 5

V e r t r e t u n g d e s P r ä s i d e n t e n

In den Angelegenheiten, für die eine Vertretung des Präsidenten nicht durch das Gesetz verordnet ist, vertritt ihn der dienstälteste Senatspräsident.

§ 6

G u t a c h t e n

Hat der Bundesgerichtshof Gutachten, insbesondere über Gesetzgebungsfragen, zu erstatten, so bestimmt das Präsidium des Bundesgerichtshofes, welche Stelle innerhalb des Bundesgerichtshofes die gutachtliche Äusserung abzugeben hat. Es kann dazu bestimmen entweder ~~den~~ einzelnen oder die mehreren Senate, zu deren Zuständigkeit die Gutachterfrage gehört, oder den betreffenden Grossen Senat oder eine von ihm aus den Mitgliedern des Bundesgerichtshofes zu bildende Gutachterkommission oder in Ausnahmefällen die Vereinigten Grossen Senate oder das Plenum.

§ 7

S i t z u n g e n

- (1) Die Sitzungen der Senate finden wöchentlich an den ein für allemal bestimmten Tagen statt, unter Vorbehalt ausserordentlicher Sitzungen, die durch die Umstände nötig werden.
- (2) Die ausserordentlichen Sitzungen der Senate sowie die Sitzungen des Plenums, der Grossen Senate und der Vereinigten Grossen Senate werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis einberufen.

- (3) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen finden Sitzungen nur in Notfällen statt.

.. § 8 ..

B e r i c h t e r s t a t t e r

- (1) Bei der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen ernennt der Vorsitzende des Senates einen Berichterstatter, und zwar in der Regel, nachdem er Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt hat. Der Berichterstatter stellt spätestens eine Woche vor dem Verhandlungstermin dem Vorsitzenden eine schriftliche Bearbeitung der Sache mit den Akten zu. Dem Vorsitzenden steht es frei, vor dem Verhandlungstermin eine weitere vorbereitende Bearbeitung der Sache durch einen zweiten Berichterstatter anzuordnen oder die Akten bei den Senatsmitgliedern mit dem Ersuchen umlaufen zu lassen, zu einzelnen bestimmt bezeichneten Rechtsfragen schriftlich Stellung zu nehmen.
- (2) Wird die Revision durch Beschluss erledigt, so genügt ein mündlicher Vortrag des Berichterstatters.
- (3) Die Vorschriften des Abs. 1 sind sinngemäss anzuwenden
1. bei Berufungen in Patentsachen,
  2. bei Beschwerden, die gemäss § 28 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder gemäss § 79 der Grundbuchordnung dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden,
  3. bei Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen, sofern es sich nicht um unzulässige Rechtsbeschwerden handelt,
  4. bei anderen Beschwerden und Entscheidungen, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird; geht der Entscheidung eine mündliche Verhandlung nicht voraus, so wird auf mündlichen Vortrag des vom Senatsvorsitzenden zu bestellenden Berichterstatters entschieden; jedoch ist eine vorbereitende Bearbeitung nicht ausgeschlossen.
- (4) In Strafsachen, für die der Bundesgerichtshof in erster und letzter Instanz zuständig ist (§ 134 GVG), ist die Vorschrift des Abs. 1 Satz 1 sinngemäss anzuwenden.

.. § 9 ..

G r o s s e S e n a t e

- (1) In den Fällen der §§ 136, 137 GVG hat der Senat, der die Entscheidung eines Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate einholen will, die zu entscheidenden Rechtsfragen in einem Beschluss festzustellen und mit diesem Beschluss auch die Akten der Rechtssache dem Vorsitzenden des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate zuzustellen. Im Falle des § 136 GVG hat jedoch der Senat, der von der Entscheidung eines anderen Senates abweichen will, zunächst bei diesem anzufragen, ob er der Abweichung zustimmt; wenn der andere Senat zustimmt, so bedarf es keiner Entscheidung des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate.



- (2) Der Vorsitzende des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate leitet den Beschluss und die Akten dem Oberbundesanwalt, wenn dieser zu hören ist, zur schriftlichen Stellung seiner Anträge vor der Berichterstattung zu.
- (3) Es werden zwei Berichterstatter ernannt, von denen der eine dem Senat angehören muss, der die Entscheidung des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate einholt. Handelt es sich um eine Entscheidung der Vereinigten Grossen Senate, so ist, wenn der erste Berichterstatter einem Zivilsenat angehört, als zweiter Berichterstatter ein Mitglied eines Strafsenates zu bestellen und umgekehrt.
- (4) Die Berichte sind schriftlich zu erstatten. Eine Abschrift der Berichte und der Anträge des Oberbundesanwaltes ist vor der Sitzung jedem Mitglied mitzuteilen, das zur Mitwirkung an der Entscheidung berufen ist. Der Oberbundesanwalt ist von der Sitzung rechtzeitig zu benachrichtigen.
- (5) Über das Ergebnis der Beratung hat ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate eine Niederschrift aufzunehmen.
- (6) Die Entscheidung des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate ergeht in Form eines Beschlusses mit Entscheidungsgründen; der Beschluss muss die Namen der Richter, die mitgewirkt haben, und den angenommenen Rechtssatz enthalten und ist von den Richtern zu unterzeichnen. Der Beschluss kann auch dahin lauten, dass die Entscheidung der Rechtsfragen mangels der Voraussetzungen der §§ 136, 137 GVG abgelehnt wird.

Geschäftsverteilungsplan der Strafsenate des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1957

(vom 12. Juli 1957)

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, Koblenz, München, Neustadt a.d.W. (ab 1. August 1957), Nürnberg und Stuttgart sowie des Landgerichtes Darmstadt aus dem Bezirk des Oberlandesgerichtes Frankfurt/M (ab 1. Februar 1957).

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Frankfurt/M (ab 1. Februar 1957 ohne das Landgericht Darmstadt), Köln, Neustadt a.d.W. (bis zum 31. Juli 1957), Oldenburg (ab 1. August 1957) und Saarbrücken sowie der Landgerichte Düsseldorf, Kleve und Krefeld, Mönchen-Gladbach (bis zum 31. Januar 1957) aus dem Bezirk des Oberlandesgerichtes Düsseldorf,
- 2) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (§§ 12 ff StPO, § 42 Abs. 3 JGG v. 4. August 1953), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 des Zuständigkeitsergänzungsgesetzes v. 7. August 1952, BGBl I 407, und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

- 1a) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 134 GVG bezeichnet sind,
- b) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen, die die in Berlin begangenen, in § 134 GVG bezeichneten Straftaten betreffen,
- 2a) die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen derjenigen Strafkammern aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 74 a GVG bezeichnet sind,
- b) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern des Kammergerichtsbezirkes Berlin-Charlottenburg mit Ausnahme derjenigen Entscheidungen, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234 a, 241 a StGB, Berliner Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14. Juni 1951, VOB1. 417) betreffen.
- 3) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (§§ 12 ff StPO, § 42 Abs. 3 JGG v. 4. August 1953), soweit es sich um die durch §§ 74a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugendschöffengerichte handelt.



Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke des Oberlandesgerichtes Hamm und der Landgerichte Duisburg, Mönchen-Gladbach (ab 1. Februar 1957) und Wuppertal aus dem Bezirk des Oberlandesgerichtes Düsseldorf,
- 2) alle Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschliesslich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn),
- 3) alle Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929, RGBL I 239.

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichtes Berlin-Charlottenburg und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg (bis zum 31. Juli 1957) und Schleswig,
- 2) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern des Kammergerichtsbezirkes Berlin-Charlottenburg, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234 a, 241 a StGB; Berliner Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14. Juni 1951, VOBL 417) betreffen.

Geschäftsverteilungsplan der Zivilsenate des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1957

Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, insbesondere über
  - a) Urheberrecht und Verlagsrecht,
  - b) Musterschutz und Patentrecht nebst Verträgen hierüber, ferner über Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlass seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz vom 28. September 1933, RGBL I 669) einschliesslich von Schadensersatzansprüchen,
  - c) Verträge über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder die ausschliessliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse,
  - d) Warenzeichen und Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
  - e) Firmen und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechslungsfähigkeit im geschäftlichen Verkehr handelt,

- 3
- 2) die Bestimmung des zuständigen Gerichtes nach § 36 ZPO und § 3 ZZPO;
  - 3) die Entscheidungen nach § 159 Abs 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Zivilsachen nebst § 2 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 und des § 18 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBl. 214);
  - 4) die Entscheidung in den Fällen des § 28 Abs 2 und des § 29 Abs 2 der BrWidRegVO Nr. 165.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) alle Seesachen (HGB §§ 474 ff nebst Seemannsordnung und § 44 der Strandungsordnung vom 17.5.1874 - RGBl. 73), alle Streitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flösserei (einschliesslich von Zusammenstössen von Schiffen mit Nichtschiffen) nebst Streitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschliesslich von Rückversicherungen) wegen Wasser (See- oder Fluss-) Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport, alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15.11.1940 (RGBl. I, 1499), über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken und über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke sowie alle Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff);
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditionen, Lager und Frachtgeschäften;
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren;
  - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschliesslich der Fälle des § 771 ZPO), Niessbrauch und Pfandrecht (einschliesslich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie Rechtsgeschäften hierüber;
  - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere;
  - d) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355);
  - e) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 - 406);
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 - 740) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 - 758);
  - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch



Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluss der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern,

- c) Firmenrecht (HGB §§ 17 - 37), soweit nicht I 1 e zutrifft,
- d) Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d),

5) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschliesslich der Handelsmakler (HGB § 93 ff), sowie der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff),
- b) Ansprüche aus § 354 HGB,
- c) Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen,

6) die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse,

7) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befasst sind (wie z.B. Bausparkassen, Teilzahlungskreditinstitute und ähnliche),

8) die Entscheidungen in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 sowie des § 14 Nr. 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBl. 213),

- a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnen-schiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt,
- b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und der Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt,

9) die Entscheidungen nach

- a) den §§ 9, 14, 28, 31 der Ersten Durchführungsverordnung zum Aktiengesetz vom 29.9.1937 (RGBl. I, 102),
- b) § 55 der Ersten Durchführungsverordnung zur Dividendenabgabeverordnung vom 18.8.1941 (RGBl. I, 493).

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche von Beamten und Militärpersonen sowie ihrer Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses,
  - b) Schadensersatzansprüche
    - aa) von Körperschaften des öffentlichen Rechtes gegen ihre Beamten auf Grund des Dienstverhältnisses,
    - bb) gegen Beamte aus § 839, sofern nicht V 2 i zutrifft,
    - cc) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechtes auf Grund des Art 131 WeimRV und des Art 34 GrundG,
    - dd) gegen Rechtsanwälte und Notare,
    - ee) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechtes aus der Verletzung der Strassenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Strassen,
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche auf Entschädigung wegen
    - aa) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freispruchs im Wiederaufnahmeverfahren,
    - bb) Enteignung einschliesslich der Ansprüche auf Entschädigung nach dem Preussischen Fluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875 und dem Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum aus Gründen der Reichsverteidigung (Schutzbereichsgesetz) vom 24.1.1935 (RGBl. I, 499) oder Aufopferung,
    - cc) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Massnahmen enteignungsähnlicher Art,
  - b) Ansprüche aus einem öffentlich-rechtlichen Verwahrungs- oder Treuhandverhältnis,
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über Steuern und Stempel auf Grund von Reichs-, Bundes- und Landesgesetzen,
- 4) die Entscheidung über Revisionen in Angelegenheiten des Bau- landbeschaffungsgesetzes vom 3.8.1953 (BGBl. I, 720),
- 5) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.



Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

- die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht I 1 e zutrifft, einschliesslich von Adel, Entmündigungen (BGB § 6), Todeserklärungen,
  - b) Familienrecht,
  - c) Erbrecht einschliesslich von Erbschaftskäufen (BGB §§ 1922 ff), soweit nicht V 2 f zutrifft,
  - d) Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht II 1 oder V 2 a zutrifft, Niessbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff),
- 2) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden aus dem Jugendwohlfahrtsgesetz, für welche das Reichsgericht zuständig ist (Reichsgesetz vom 9.1.1922 - RGBl. I, 633 - § 18; EG von demselben Tage - RGBl. I, 647 - Art 9),
  - 3) die Entscheidung in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 sowie des § 14 Nr. 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBl. 213), sofern es sich um Personenrechts-, Familienrechts- und Nachlasssachen (mit Ausnahme von V 6 a) handelt,
  - 4) die Bestimmung des zuständigen Gerichtes im Falle des § 650 Abs 3 ZPO,
  - 5) die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rück-erstattungssachen (REG-Sachen) zusammenhängen,
  - 6) die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz).

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen einschliesslich der Entscheidungen nach dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 21.7.1953 (BGBl. I, 667),
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschliesslich Vorkaufs und Wiederkaufs),
  - b) Pachtverhältnisse über landwirtschaftliche Grundstücke,

- c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluss von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912 .. 916, 919 .. 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Verkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
  - d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
  - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903 .. 910, GewO § 26),
  - f) Erbrecht, wenn es sich ausschliesslich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichende Rechte der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
  - g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluss von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (§ 81 ZVG),
  - h) Bergrechtssachen (EGBGB Art 67) einschliesslich der Abbau-Rechtssachen (EGBGB Art 68) und Wasserrechtssachen (EGBGB Art 65) einschliesslich der Deich- und Sielrechtssachen (EGBGB Art 66),
  - i) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschliesslich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
  - k) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber,
  - l) Wildschadensersatz,
  - m) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schuldbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art 132, 133),
  - n) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art 59),
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809 bis 911), soweit nicht II 1 oder II 3 b zutrifft,
  - b) Ansprüche aus Niessbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten, einschliesslich von kaufmännischem Zurückbehaltungsrecht (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht II 1 oder II 3 b zutrifft,
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschliesslich der Klagen auf Erlass des Vollstreckungsurteils und mit Einschluss von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluss von §§ 767 - 769 ZPO), sofern nicht II 1 zutrifft,



- b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 883 ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht III 1 b zutrifft,
  - c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger in und ausserhalb des Konkurses KO §§ 29 .. 42 nebst § 196 und Anfechtungsgesetz vom 21.7.1879, auch soweit Scheingeschäft behauptet wird,
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff nebst § 274 Abs 2 Nr. 3),
  - b) Vergleiche, sofern es nicht mit Rücksicht auf das angewendete Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird,
- 6) die Entscheidungen in den Fällen
- a) des § 28 FGG, wenn es sich ausschliesslich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichende Rechte der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
  - b) des § 79 GBO,
  - c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiss- und Stiftungsrechtes vom 28.12.1950 (BGBl. 820).

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit sie nicht dem III. Zivilsenat (III 1 b) oder dem V. Zivilsenat (V 2 e, 1, 1) zugewiesen sind; die Rechtsstreitigkeiten über Schadensersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind,
- b) Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Strassenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der Frachtverträge über Güter (II 2),
- c) Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z.B. § 302 Abs 4, §§ 717, 945 ZPO), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind.

Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Dienstverhältnisse mit Ausnahme derjenigen, die unter I 1 b, II 4 b oder VI a fallen,
  - b) Werkverträge mit Ausnahme derjenigen, die unter VI a fallen
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677 ff), soweit nicht II 7 zutrifft,
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht II 1, III 2 b oder V 2 a zutrifft,
  - b) Darlehen (BGB § 607) und abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780 .. 808) soweit nicht II 3 c und d zutrifft,
  - c) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff), jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit massgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet,
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird,
- 5) die Entscheidungen in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 sowie des § 14 Nr. 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBl. 213), sofern nicht II 8, IV 3 und V 6 a zutrifft,

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht II 1, II 3 a oder V 2 g zutrifft,
- b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht II 1 oder V 2 b zutrifft.



### Schlussbestimmungen

- I. Erachtet ein Senat vor mündlicher Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, dass sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dort hin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzumutbar erscheint. Der Abgabebeschluss ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend. Nach Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung ist eine Abgabe ausgeschlossen.
- II. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmässig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- III. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozess, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.
- IV. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26.5.1952 (BGBl. I, 198) ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
- V. Rechtsbeschwerden nach § 56 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25.3.1952 (BGBl. I, 177) sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.
- VI. Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.

## A n h a n g

### zum Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1957

#### A. - Besetzung der Senate des Bundesgerichtshofes nach dem Stand vom 12.7.1957

#### Z i v i l s e n a t e

##### I. Zivilsenat

Chefpräsident	Dr. Weinkauff
Bundesrichter	Prof. Dr. Wilde (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Birnbach
"	Dr. Bock
"	Dr. Krüger-Nieland
"	Dr. Nastelski
"	Dr. Christoph
"	Dr. Weiss
"	Dr. Spreng
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Schultetus
"	Regierungsrat Ballhaus

9

##### II. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Canter
Bundesrichter	Dr. Haidinger (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Fischer
"	Dr. Kuhn
"	Dr. Nörr
"	Dr. Haager
"	Liesecke
"	Dr. Rednicke
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Fleck

8

##### III. Zivilsenat

Senatspräsident	Prof. Dr. Geiger
Bundesrichter	Dr. Pagendarm (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Weber
"	Dr. Kreft
"	Dr. Arndt
"	Dr. Wolany
"	Dr. Beyer
"	Dr. Hussla
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Dr. Kleinhoff

8



IV. Zivilsenat

Senatspräsident	Schmidt
Bundesrichter	Ascher (stellv. Vorsitzender)
"	Raske
"	Johannsen
"	Dr. von Werner
"	Wüstenberg
"	Maas
"	Wilden
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Fuchs

V. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Tasche
Bundesrichter	Dr. Hückinghaus (stellv. Vors. Landw. Senat)
"	Dr. Augustin (stellv. Vorsitzender)
"	Schuster
"	Dr. Oechssler
"	Dr. Piepenbrock
"	Dr. Rothe
"	Dr. Freitag
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Bender

VI. Zivilsenat

Senatspräsident	Prof. Dr. Meiss
Bundesrichter	Dr. Kleinewefers (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Engels
"	Dr. Meyer, Karl
"	Martin (bis 31. Oktober 1957)
"	Hanebeck
"	Dr. Bode
"	Dr. Hauss
"	Dr. Löscher
Jur. Hilfsarbeiter	Amtsgerichtsrat Dr. Mammey

VII. Zivilsenat

Senatspräsident	Glanzmann
Bundesrichter	Soheffler (stellv. Vorsitzender)
"	Rietschel
"	Dr. Heimann-Trosien
"	Dr. Winkelmann
"	Erbel
"	Meyer, Hubert
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Thumm

VIII. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Grossmann
Bundesrichter	Dr. Gelhaar (stellv. Vorsitzender)
"	Artl.
"	Dr. Spieler
"	Dr. Dorschel
"	Dr. Mezger
"	Dr. Messner
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Dr. Friemel

S t r a f s e n a t e

1. Strafsenat

Bundesrichter	Dr. Peetz (stellv. Vorsitzender)
"	Mantel
"	Werner (zugleich 3. Strafsenat)
"	Martin (ab 1. August 1957)
"	Dr. Hübner
"	Er. Hengsberger
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Löns

2. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Baldus
Bundesrichter	Prof. Dr. Busch (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Dotterweich
"	der Scharpenseel (zugleich 3. Strafsenat)
"	Dr. Schalscha
"	Dr. Menges
Jur. Hilfsarbeiter	Amtsgerichtsrat Hürxthal

3. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Geier
Bundesrichter	Dr. Jagusch (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Willms
"	Weber
"	Dr. Mannzen
"	Dr. Wiefels
"	Wirtzfeld



1957 (Stand 12.07.) 4

#### 4. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Rotberg
Bundesrichter	Krumme (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Sauer (zugleich 3. Strafsenat)
"	Dr. Seibert
"	Hoepner
"	Prof. Dr. Lang-Minrichsen
"	Dr. Flitner
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Urbanke

#### 5. (Berliner) Strafsenat

Senatspräsident	Sarstedt
Bundesrichter	Dr. Koffka (stellv. Vorsitzender)
"	Schmidt
"	Siemer
"	Schmitt
"	Dr. Börker
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Kappe

#### B. Vertretung

##### a) Vertretung der Strafsenate

- 1) Die Mitglieder des 1. Strafsenates werden durch die des 2. Strafsenates, die Mitglieder des 2. durch die des 4. Strafsenates, die Mitglieder des 4. Strafsenates durch die des 1. Strafsenates vertreten.
- 2) Zur Vertretung der Mitglieder des 3. Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.
- 3) Sind in einer Strafsache, die zur Zuständigkeit des 3. Strafsenates gehört, so viele Mitglieder des Senates gemäss § 22 Nr. 1 StPO von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, dass der Senat ohne Zuziehung von Vertretern nicht mehr ordnungsgemäss besetzt ist, so ist an seiner Stelle der 2. Strafsenat zuständig.
- 4) Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.

##### b) Vertretung der Zivilsenate

- 1) Es vertreten sich gegenseitig jeweils die Richter des I. und II. Zivilsenates, des III. und VI. Zivilsenates, des IV. und V. Zivilsenates und des VII. und VIII. Zivilsenates.

2) In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus alle anderen Senate in ihrer ziffernmässigen Reihenfolge, beginnend mit dem ziffernmässig folgenden Senat, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

c) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder

Soweit ein Senat gemäss der vorstehenden Vertretungsregelung einen Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Bundesrichter in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter folgende Bundesrichter für ihn ein.

d) Ist ein Mitglied der Grossen Senate des Bundesgerichtshofes und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden Geschäfte innerhalb des Grossen Senates wahrzunehmen, so tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters dasjenige Mitglied des Grossen Senates für Zivilsachen oder für Strafsachen, das jeweils in der allgemeinen Reihenfolge der Vertreter auf den verhinderten Vertreter folgt.

C. . . Sitzungstage und Sitzungssäle der Senate des Bundesgerichtshofes

Z i v i l s e n a t e

I.	Zivilsenat	Sitzungstage:	Dienstag und Freitag	Sitzungssaal	Nr. 223
II.	"	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 223
III.	"	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 222
IV.	"	"	Mittwoch und Sonnabend	"	Nr. 222
V.	"	"	Mittwoch und Sonnabend	"	Nr. 223
VI.	"	"	Dienstag und Freitag	"	Nr. 222
VII.	"	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 123
VIII.	"	"	Dienstag und Freitag	"	Nr. 123

S t r a f s e n a t e

1.	Strafsenat	Sitzungstage:	Dienstag und Freitag	Sitzungssaal	Nr. 122
2.	"	"	Mittwoch und Sonnabend	"	Nr. 122
4.	"	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 122
5.	"	"	Dienstag und Freitag	Berlin	



D. - Auszug aus der Geschäftsordnung des Bundes-  
gerichtshofes

§ 1  
S e n a t e

(1) .....

(2) .....

(3) Jedes Mitglied des Bundesgerichtshofes muss einem Senat als ständiges Mitglied angehören. Jeder Senat muss einschliesslich des Vorsitzenden aus mindestens fünf ständigen Mitgliedern bestehen.

§ 2  
P l e n u m

Vor das Plenum gehören ausser der durch § 140 GVG ihm überwiesenen Angelegenheit die Beratung und Beschlussfassung über eine beim Bundesrat vorzuschlagende Änderung oder Ergänzung der Geschäftsordnung sowie über diejenigen den Geschäftsgang betreffenden Angelegenheiten, die der Präsident vor das Plenum verweist.

§ 3  
P r ä s i d i u m

Das Präsidium beschliesst in den ihm durch das Gesetz oder durch diese Geschäftsordnung zugewiesenen Angelegenheiten. Es entscheidet ausserdem im Zweifelsfall, vor welchen Senat eine Sache gehört.

§ 4  
P r ä s i d e n t

(1) Dem Präsidenten liegen neben den Geschäften, die ihm als Vorsitzenden des Plenums, des Präsidiums, der Grossen Senate, der Vereinigten Grossen Senate und eines einzelnen Senates zukommen, die Leitung und die Beaufsichtigung des ganzen Geschäftsganges ob.

(2) Der Präsident verteilt die Geschäftsräume und die für die regelmässigen Sitzungen bestimmten Wochentage auf die Senate.

- (3) Der Präsident regelt die Verteilung der Geschäfte unter die nicht-richterlichen Beamten des Gerichtes. Er ist im Sinne der beamtenrechtlichen Vorschriften Vorgesetzter und Dienstvorgesetzter der richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes. Bei disziplinären Massnahmen gegen die richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes soll er das Präsidium hören; handelt es sich jedoch um blosser Ermittlungen, so kann er, auf Antrag des Betroffenen soll er das Präsidium hören.
- (4) Soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder solche Vorschriften gelten, die der Bundesminister der Justiz auf Grund von Gesetzen erlassen hat, erlässt der Präsident die Bestimmungen über die zu führenden Geschäftsbücher, Register und Listen.
- (5) Dem Präsidenten steht die Verfügung in allen Verwaltungsangelegenheiten zu, vor allem in denjenigen, die das Haushaltswesen, die Geschäftsräume, die Vervollständigung der Bibliothek und sonstige Anschaffungen betreffen.

.. § 5 ..

V e r t r e t u n g d e s P r ä s i d e n t e n

In den Angelegenheiten, für die eine Vertretung des Präsidenten nicht durch das Gesetz verordnet ist, vertritt ihn der dienstälteste Senatspräsident.

.. § 6 ..

G u t a c h t e n

Hat der Bundesgerichtshof Gutachten, insbesondere über Gesetzgebungsfragen, zu erstatten, so bestimmt das Präsidium des Bundesgerichtshofes, welche Stelle innerhalb des Bundesgerichtshofes die gutachtliche Äusserung abzugeben hat. Es kann dazu bestimmen entweder den einzelnen oder die mehreren Senate, zu deren Zuständigkeit die Gutachterfrage gehört, oder den betreffenden Grossen Senat oder eine von ihm aus den Mitgliedern des Bundesgerichtshofes zu bildende Gutachterkommission oder in Ausnahmefällen die Vereinigten Grossen Senate oder das Plenum.

.. § 7 ..

S i t z u n g e n

- (1) Die Sitzungen der Senate finden wöchentlich an den ein für allemal bestimmten Tagen statt, unter Vorbehalt ausserordentlicher Sitzungen, die durch die Umstände nötig werden.
- (2) Die ausserordentlichen Sitzungen der Senate sowie die Sitzungen des Plenums, der Grossen Senate und der Vereinigten Grossen Senate werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis einberufen.



- (3) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen finden Sitzungen nur in Notfällen statt.

§ 8

B e r i c h t e r s t a t t e r

- (1) Bei der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen ernannt der Vorsitzende des Senates einen Berichterstatter, und zwar in der Regel, nachdem er Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt hat. Der Berichterstatter stellt spätestens eine Woche vor dem Verhandlungstermin dem Vorsitzenden eine schriftliche Bearbeitung der Sache mit den Akten zu. Dem Vorsitzenden steht es frei, vor dem Verhandlungstermin eine weitere vorbereitende Bearbeitung der Sache durch einen zweiten Berichterstatter anzuordnen oder die Akten bei den Senatsmitgliedern mit dem Ersuchen umlaufen zu lassen, zu einzelnen bestimmt bezeichneten Rechtsfragen schriftlich Stellung zu nehmen.
- (2) Wird die Revision durch Beschluss erledigt, so genügt ein mündlicher Vortrag des Berichterstatters.
- (3) Die Vorschriften des Abs. 1 sind sinngemäss anzuwenden
  1. bei Berufungen in Patentsachen,
  2. bei Beschwerden, die gemäss § 28 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder gemäss § 79 der Grundbuchordnung dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden,
  3. bei Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen, sofern es sich nicht um unzulässige Rechtsbeschwerden handelt,
  4. bei anderen Beschwerden und Entscheidungen, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird; geht der Entscheidung eine mündliche Verhandlung nicht voraus, so wird auf mündlichen Vortrag des vom Senatsvorsitzenden zu bestellenden Berichterstatters entschieden; jedoch ist eine vorbereitende Bearbeitung nicht ausgeschlossen.
- (4) In Strafsachen, für die der Bundesgerichtshof in erster und letzter Instanz zuständig ist (§ 134 GVG), ist die Vorschrift des Abs. 1 Satz 1 sinngemäss anzuwenden.

§ 9

G r o s s e S e n a t e

- (1) In den Fällen der §§ 136, 137 GVG hat der Senat, der die Entscheidung eines Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate einholen will, die zu entscheidenden Rechtsfragen in einem Beschluss festzustellen und mit diesem Beschluss auch die Akten der Rechtssache dem Vorsitzenden des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate zuzustellen. Im Falle des § 136 GVG hat jedoch der Senat, der von der Entscheidung eines anderen Senates abweichen will, zunächst bei diesem anzufragen, ob er der Abweichung zustimmt; wenn der andere Senat zustimmt, so bedarf es keiner Entscheidung des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate.

- (2) Der Vorsitzende des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate leitet den Beschluss und die Akten dem Oberbundesanwalt, wenn dieser zu hören ist, zur schriftlichen Stellung seiner Anträge vor der Berichterstattung zu.
- (3) Es werden zwei Berichterstatter ernannt, von denen der eine dem Senat angehören muss, der die Entscheidung des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate einholt. Handelt es sich um eine Entscheidung der Vereinigten Grossen Senate, so ist, wenn der erste Berichterstatter einem Zivilsenat angehört, als zweiter Berichterstatter ein Mitglied eines Strafsenates zu bestellen und umgekehrt.
- (4) Die Berichte sind schriftlich zu erstatten. Eine Abschrift der Berichte und der Anträge des Oberbundesanwaltes ist vor der Sitzung jedem Mitglied mitzuteilen, das zur Mitwirkung an der Entscheidung berufen ist. Der Oberbundesanwalt ist von der Sitzung rechtzeitig zu benachrichtigen.
- (5) Über das Ergebnis der Beratung hat ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate eine Niederschrift aufzunehmen.
- (6) Die Entscheidung des Grossen Senates oder der Vereinigten Grossen Senate ergeht in Form eines Beschlusses mit Entscheidungsgründen; der Beschluss muss die Namen der Richter, die mitgewirkt haben, und den angenommenen Rechtssatz enthalten und ist von den Richtern zu unterzeichnen. Der Beschluss kann auch dahin lauten, dass die Entscheidung der Rechtsfragen mangels der Voraussetzungen der §§ 136, 137 GVG abgelehnt wird.